

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

9 (29.6.1946)

Badische Volksstimme

Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirksleitung Baden

Jahrgang 1, Nr. 9

Mannheim, den 29. Juni 1946

Preis 10 Pfg.

Kämpft für Freiheit und Recht

Am Sonntag, den 30. Juni, wird die Verfassunggebende Versammlung für Württemberg-Baden gewählt. Dieses neue Parlament hat die einzige Aufgabe, eine Verfassung zu beschließen, um dann einem neu zu wählenden Landtag und anderen Organen, die in der Verfassung festgestellt werden sollen, Platz zu machen. Obwohl also die Verfassunggebende Versammlung nur eine kurze Lebensdauer haben wird, werden ihre Zusammensetzung und Beschlüsse doch entscheidend die zukünftige Entwicklung in Württemberg-Baden und im Reiche beeinflussen. Aus diesem Grunde ist der Entwurf einer Verfassung an dieser Stelle so eingehend unter die Lupe genommen worden, um den werktätigen Massen ein klares Bild über die Bedeutung und Wichtigkeit der Wahlen am kommenden Sonntag zu geben. Geben wir uns keinem Zweifel darüber hin, daß diese Wahlen entweder das Tor für eine fortschrittliche Entwicklung aufstoßen, oder aber finsternen Reaktionären, die gegenwärtig als „Demokraten“ verschiedenster Couleur getarnt sind, den Ausgangspunkt für die Verwirklichung ihrer volks- und freiheitsfeindlichen Pläne schaffen werden.

Wenn durch den Ausgang der Wahlen die Verfassunggebende Versammlung ein Stelldichein kapitalistisch-reaktionärer Dunkelmänner werden sollte, dann hätte das schaffende Volk eine Schlacht verloren, denn eine Verfassung, von diesen Kräften gezimert und dekretiert, wäre die Zuchtrute für alle Kämpfer für Freiheit und Fortschritt.

Die Wahlen wurden mit merkwürdiger Eile betrieben. Kaum ist die Druckerschwärze des Verfassungsentwurfes trocken; nur in wenigen Versammlungen konnte indessen das „souveräne Volk“ mit dem Inhalt vertraut gemacht werden, und schon sind die entscheidenden Wahlen da, deren Ausgang die Rechte des Volkes in einer ganzen Periode bestimmen wird. Warum wird gerade in dieser Sache ein Eilzugstempo eingeschlagen, und wer ist daran interessiert? So fragt uns jeder Arbeitsmann, der hungrig am Schraubstock steht, und jede Mutter, die die Wucherpreise nicht bezahlen kann, um ihre Kinder satt zu machen.

Was soll uns jetzt eine Verfassung in diesem Ländchen?

So fragt das gesamte arbeitende Volk. Wir haben Hunger, doch weder Brot noch Kartoffeln.

Wir brauchen Wohnungen, denn wir hausen in Kellern.

Wir brauchen eine Senkung der Preise, denn unser Lohn reicht weder zum Leben noch zum Sterben.

Wir brauchen Hilfe für unsere Kinder, denn sie gehen an der Schwindsucht zu Grunde.

Wir brauchen unsere Männer, die keine Nazis waren und noch immer gefangen sind, denn wir sind ohne sie schutz- und wehrlos!

Wir Arbeiter und Angestellten brauchen die Demokratisierung der Verwaltung und

Wirtschaft, denn wir wollen endlich aufbauen, unser Wissen und Können, unseren Schweiß und Arbeit für das Wohl unserer Frauen und Kinder, nicht aber für eine neue Herrschaft einsetzen.

Wir Bauern brauchen die Bodenreform, denn sonst wird der Hunger ständiger Gast im Lande sein und die Reaktion sich wieder organisieren,

Wir Jugend, wollen lernen und arbeiten, denn Hitler hat uns in Unwissenheit gehalten. Gebt uns endlich die Möglichkeit, unsere Zukunft zu gestalten, sonst verzweifeln wir an der Demokratie, ohne Hoffnung, unser zerstörtes Leben neu zu gestalten.

So klingen die Schreie des Volkes in unsere Ohren, wenn wir reden von der neuen Verfassung, die da kommen soll.

Wir Kommunisten haben darüber nie einen Zweifel gelassen, daß wir gegenwärtig die Lösung jeder einzelnen Frage, die das darbende Volk heute aufwirft, für wichtiger halten als schön gedrechselte Phrasen von Menschenwürde und Grundrechten.

Wenn einmal diese vordringlichsten Lebensfragen unseres Volkes gelöst sein werden, wenn die Jugend gewonnen sein wird und Hitlers Geist verschwunden ist, wenn die Werktätigen führend und mitbestimmend ihr Recht in Staat, Kommune und Wirtschaft erkämpft haben, wenn unsere Kriegsgefangenen daheim sind, wenn die Einheit der Arbeiterklasse und die Reichseinheit gesichert sind,

dann

ist die Zeit für die Schaffung einer guten Verfassung gekommen.

Wir sind der Ueberzeugung, daß ein Großteil der aufgeworfenen Fragen schon gelöst sein könnte, wenn wir eines hätten:

die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands.

Für dieses Ziel muß jetzt das ganze deutsche Volk begeistert werden und alle seine Energien zu seiner baldigen Verwirklichung einsetzen. Dabei wissen wir uns eins auch mit den Praktikern der Besatzungsmächte, die längst eingesehen haben, daß der jetzige Zustand den deutschen Aufbau erwürgt und den Völkern der Besatzungsmächte zusätzliche Kosten verursacht. Seien wir ehrlich: unsere wirtschaftliche und soziale Lage ist verzweifelt, und in dieser Situation müssen alle Kräfte eingesetzt werden, um sie zu meistern. Hier ist die größte Eile am Platze.

Der Weg zur Einheit Deutschlands und somit aus Wirtschaftsnot und Hungertod führt aber nicht über Verfassungen in einem paar Dutzend deutscher Vaterländchen; das Gegenteil ist der Fall.

Die Kleinstaaterei baut täglich neue Hindernisse auf, anstatt die Gemeinsamkeit täglich neu zu gestalten. Schöne Worte für die Einheit genügen nicht; die Verfechter der Kleinstaaterei erkennt man an ihren Taten, und der Sinn ihres Handelns ist, Brutstätten der Reaktion zu schaffen.

Diese Absicht ist auch das Leitmotiv des Verfassungsentwurfs für Württemberg-Baden. In unserem Blatte ist er schon zur Genüge gekennzeichnet worden, sodaß jeder Leser über die Grundzüge orientiert ist. In kurzen Zügen sei der Inhalt noch einmal klargestellt. Der Entwurf enthält:

1. Eine Darstellung der Grundrechte des Menschen. (Sie verpflichtet zu nichts und kostet keinen Pfennig.)
2. Die Sozial- und Wirtschaftsordnung. (Sie läßt alle Fragen offen.)
3. Ein Zweikammersystem. (Dem Landtag wird ein Vormund auf die Nase gesetzt.)
4. Ein teurer Regierungsapparat, bestehend aus:

Landtag und Präsident, Senat und Präsident, Regierung, Ministerpräsident und dazu Staatspräsident — jeder mit einem Rattenschwanz bürokratischer Einrichtungen.

(Was kostet der Spaß?)

5. Auf Lebenszeit gewählte Richter.
6. Ein Diktaturartikel, bei dessen Anwendung alle Rechte der Verfassung mit einem Federstrich beseitigt werden.

Diese kleine Speisekarte, die beliebig verlängert werden könnte, zeigt jedem Schaffenden, worauf es ankommt. Obwohl das arbeitende Volk sehr viel andere Sorgen hat, kann ihm die Zusammensetzung des Parlaments, das die Verfassung zu beschließen hat, keineswegs gleichgültig sein. Nein, genau das Gegenteil entspricht den Interessen der Werktätigen. Nachdem nun die Wahlen durchgeführt werden, gilt es auch den letzten Arbeiter, Angestellten, die Frauen aller Berufe heranzuholen. Ob Fortschritt oder Rückschritt, ob Freiheit oder Knechtschaft unser Schicksal bestimmen werden, hängt in erheblichen Ausmaßen von der Zusammensetzung des am Sonntag zu wählenden Parlaments ab. So sind die Wahlen am 30. Juni von eminenter Wichtigkeit.

Die Kommunistische Partei wird in der Verfassunggebenden Versammlung ihre ganze Kraft einsetzen, um in positiver Mitarbeit die Rechte und Freiheiten der Werktätigen zu erkämpfen und sicherzustellen.

Die Kommunistische Partei wird alles tun, um eine reaktionäre Gesetzgebung zu verhindern.

Die Kommunistische Partei wird sich einsetzen für einen Landtag, gewählt in freier demokratischer Abstimmung.

Die Kommunistische Partei wird alles tun, um die reaktionären Einrichtungen, den Senat und Staatspräsidenten in den Orkus zu befördern.

Die Kommunistische Partei weiß sich eins und einig mit allen Schaffenden in diesem Ringen.

Deswegen muß jeder Werktätige aufgerüttelt werden. Seine Zukunft wird bei diesen Wahlen auf längere Sicht entschieden. In das Parlament sollen recht viele Kommunisten gewählt werden. Sie allein haben den ernsthaften Willen, den reaktionären

(Fortsetzung auf Seite 2)

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Verweigert Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine reaktionäre Gesetzgebung zu verhindern. Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in das Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!

Das Zentralsekretariat der SED zu den Kommunalwahlen in Süddeutschland

Das Zentralsekretariat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat in einer Erklärung zu dem Ergebnis der Wahlen in den Gemeinden, Kreisen und Städten Süddeutschlands Stellung genommen. Es begrüßt die Erhöhung der Stimmenzahl der SPD und der KPD als eine Stärkung des politischen Einflusses des schaffenden Volkes überhaupt, ohne allzu großen Wert darauf zu legen, ob diese Stärkung durch die SPD oder KPD erfolgte. Der Sache der Arbeiterbewegung wäre besser gedient gewesen, wenn man statt des Kräftemessens den Weg der gemeinsamen Verständigung, der Bildung von Arbeitsausschüssen, des gemeinsamen Kampfes zur Sicherung der Demokratie gegen die kapitalistische Reaktion beschritten hätte.

Angesichts der sich im Bürgertum vollziehenden politischen Sammelbewegungen muß die deutsche Arbeiterbewegung eine geschlossene sozialistische Massenbewegung aller Schaffenden entwickeln. Gegenüber

der wiedererstarkenden Reaktion und der Gefahr eines wiederauflebenden Nazismus haben zwei Arbeiterparteien in Deutschland keine Daseinsberechtigung.

Die politische Vernunft und der bei den Sozialdemokraten wie Kommunisten gleich starke Wille zur Einheit der deutschen Arbeiterbewegung verlangen dringend die Beseitigung des Bruderkampfes.

Nur mit der vereinten Kraft aller Schaffenden werden wir die reaktionären Mächte niederhalten, die heute, wie nach 1918, sich als Demokraten tarnen.

Die Einigung der Arbeiterklasse ist die Grundbedingung für den demokratischen Aufbau und für eine bessere Zukunft des deutschen Volkes.

Wir fordern deshalb alle Sozialisten, alle Mitglieder der SPD und KPD auf, die engste Zusammenarbeit zu organisieren.

**Die Einheit der Arbeiterschaft sichert die Demokratie und den Frieden!
Der Einheit gehört die Zukunft! Auf Sozialisten, schließt die Reihen!**

Die ersten Organisationsausschüsse in Baden genehmigt!

Aus We i n h e i m erhalten wir die Nachricht, daß die amerikanische Militärregierung einen Organisationsausschuß zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands genehmigt hat. Dem Ausschuß gehören außer Mitgliedern der SPD und der KPD auch Parteiloze an. In verschiedenen Orten Badens steht die Genehmigung von Organisationsausschüssen bevor. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung auf dem Wege zur Herstellung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung nunmehr auch in Baden gegeben. Mit voller Genehmigung der Militärregierung können jetzt allerorts, in allen Betrieben und in allen Städten Organisationsausschüsse gebildet und bei der Militärregierung angemeldet werden. Auch bei uns in Baden wird die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung kommen!

Eine Falschmeldung entlarvt

Englische Arbeiterpartei für Einheit

Die Presseagentur DPD brachte Mitte Mai eine Meldung, die von der ganzen deutschen Presse übernommen wurde. Danach hätten von 27 Abgeordneten der britischen Arbeiterpartei, die eine Glückwunschschaft zur Vereinigung der beiden deutschen Arbeiterparteien unterzeichneten, 19 ihre Unterschrift zurückgezogen. Wie die „Freie Tribüne“ in London feststellt, ist diese Meldung falsch. Die Glückwunschschaft wurde von 28 Abgeordneten der Arbeiterpartei unterschrieben, außerdem von über hundert führenden Gewerkschaftlern. Auf Grund des gegen sie ausgeübten Druckes zogen lediglich zwei der Abgeordneten ihre Unterschrift zurück.

Für Einheit, Fortschritt u. Demokratie

Wählt am 30. Juni die Kandidaten der KPD (Liste 4) für die Verfassunggebende Versammlung Württemberg-Baden:

Albert Buchmann (Württemberg), Schuhmacher, Vors. der KPD Württemberg
Rudolf Kohl (Baden), Schriftsetzer, Arbeitsminister
Hermann Nuding (Württemberg), Lederarbeiter, Parteisekretär
Robert Leibbrand (Württemberg), Modellschreiber, Redakteur
Rudolf Stark (Baden), Ingenieur, Leiter der Wirtschaftsabteilung
Erika Buchmann (Württemberg), Sekretärin, Frauenleiterin

KPD Liste 4

Robert Klaußmann (Baden), Lederarbeiter, Landesdirektor für Arbeit und soziale Fürsorge
Hans Rueß (Württemberg), Flaschner, Gewerkschaftssekretär, Eßlingen
Wilhelm Bechtle (Württemberg), Gärtner, Vorsitzender der KPD, Stuttgart
Anette Langendorf (Baden), Frauenleiterin
Eugen Eberle (Württemberg), Techniker, Betriebsratsvors. der Fa. Bosch
Dr. Rudolf Agricola (Baden), Chefredakteur der Rhein-Neckar-Zeitung
Willi Bohn (Württemberg), Redakteur der Stuttgarter Zeitung
Eduard Bischoff (Baden), Leiter des Gewerkschaftsbundes Schwetzingen
Franz Bönning (Baden), Schlosser, 2. Vorstand des Gewerkschaftsbundes Heidelberg.

Ehemals politisch, rassistisch und religiös Verfolgte

haben in Mannheim noch keine Interessenvertretung!

Mannheim nimmt wohl nicht unter den süddeutschen, sondern unter allen deutschen Städten eine Sonderstellung ein. Während nämlich selbst das kleinste Städtchen und auch die größeren ländlichen Orte eine amtliche oder nichtamtliche Hilfsstelle für politisch Verfolgte hat, ist Mannheim seit mehr als einem halben Jahr nach der, wie wir wissen, durch reaktionäre deutsche Kräfte von der amerikanischen Militärregierung erschlichenen Auflösung der Hilfsstelle für politisch Verfolgte ohne eine solche Institution.

Die im Landesmaßstab zugelassene und beim Amt für Wiedergutmachung in Stuttgart zuständige Vereinigung ehemals politisch, rassistisch und religiös Verfolgter hat vor einigen Wochen in Mannheim eine Versammlung abgehalten, mit der die Verfolgten von gestern einen Vorstand gewählt und diesen mit der Errichtung eines Büros beauftragt haben.

Gerade in Mannheim war der Widerstand gegen den Hitlerfaschismus besonders groß und viele aufrechte Antifaschisten haben ihre Haltung mit dem Leben bezahlen müssen. Ihre Witwen und Waisen blieben hilflos zurück. Groß ist die Zahl derer, die in den Kz., Zuchthäusern und Gefängnissen waren und unter dem Hitlersystem Verfolgungen erlitten. Es ist eine Schande für Mannheim, in der Frage der inneren Wiedergutmachung derartig im Rückstand zu sein. Wir hoffen, daß der gewählte Vorstand der Vereinigung ehemals politisch, rassistisch und religiös Verfolgter nicht mehr allzulange mit der Aufnahme seiner Tätigkeit zögert, damit jene Männer und Frauen endlich die ihnen zustehende Interessenvertretung erhalten, die durch ihre Vergangenheit bewiesen haben, daß sie auch die berufenen Erbauer einer besseren Zukunft sind!

Berlins Arbeiter für die Einheit

Bei den Berliner Gewerkschaftswahlen wurden nach dem bisherigen Ergebnis 561 Kandidaten der SED gegenüber 158 der SPD gewählt.

(Fortsetzung von Seite 1)

Herrschaften ihr Konzept aufs Gründlichste zu verderben.

Die Kommunisten allein sind die unbeirrbarsten Verfechter der Einheit aller, die den Sozialismus wollen.

Die Kommunisten allein sind die unbestechlichen Kämpfer für die Einheit Deutschlands.

Die Kommunisten werden auch in der Verfassunggebenden Versammlung mit Einsatz ihrer ganzen Kraft kämpfen

Gegen Rückschritt und Reaktion!

Für Fortschritt, Freiheit und Brot!

Für die Macht der Schaffenden!

Darum alle, die man noch zum Hungern zwingt, strömt zur Kommunistischen Partei! Kommt in unsere Reihen!

Wählt Kommunisten Liste 4!



Arbeitereinheit bannt die Not!

Wer wird Oberbürgermeister von Mannheim?

In den nächsten Tagen wird der neue Stadtrat zusammentreten, um den Oberbürgermeister sowie drei Bürgermeister zu wählen. Wer wird Oberbürgermeister werden? Diese Frage bewegt einen großen Teil der Mannheimer Bevölkerung, insbesondere jenen, der durch seine Stimmabgabe eindeutig zu verstehen gegeben hat, daß die Werktätigen, das schaffende Volk Mannheims nunmehr entscheidenden Einfluß auf die kommunale Politik haben sollen.

Mit 14 Sitzen von insgesamt 24 sind die beiden Arbeiterparteien (SPD 10, KPD 4) weitaus in der Mehrheit und werden nicht nur den Oberbürgermeister, sondern auch noch zwei weitere Bürgermeister zu stellen haben, während die CDU nur über soviel Stimmen verfügt, um einen Bürgermeister zu erringen.

Entgegen allen Gerüchten, von welcher Seite sie auch genährt und verbreitet werden mögen, hat die Kommunistische Partei den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und deren Stadtratsfraktion wissen

lassen, daß die vier kommunistischen Stadtratsmitglieder für jeden von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Kandidaten, der Mitglied der SPD ist, stimmen werden. Uneingeengt von irgendwelchem Parteiegoismus kommt es der Kommunistischen Partei in erster Linie darauf an, den politischen Einfluß der Werktätigen zu erhöhen und zu sichern, ganz gleich, ob dies durch die SPD oder KPD erfolgt. Mit geeinter Kraft wird es den beiden Arbeiterparteien gelingen, in enger Zusammenarbeit die Aufgaben zu lösen, die heute vor unserem Volke stehen.

Eine Arbeitermehrheit von 14 Stimmen im Stadtrat, ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister und zwei weitere Bürgermeister, die das Vertrauen des werktätigen Volkes haben — damit muß es gelingen, die Kräfte der Reaktion auszuschalten und einen gesunden demokratischen Aufbau des öffentlichen Lebens in Mannheim zu gewährleisten.

Wege zur Beseitigung der dringendsten Wohnungsnot

Flüchtlinge, Evakuierte, Heimkehrer, Besatzung und Trümmer über Trümmer! Das ist der Eindruck, der einem auf der Seele lastet, wenn man gerade hier in Mannheim die Wohnungsfrage einer kritischen Betrachtung unterzieht. Viel ist in der letzten Zeit in der Presse zu diesem Thema geschrieben und diskutiert worden, jedoch nirgends wurde ernstlich der Versuch gemacht, das Problem tatkräftig zu lösen.

Woran krankt nun eigentlich diese Sache? Wir müssen einmal klar erkennen, daß es auf dem bisher beschrittenen Wege nicht weitergeht. Zur Zeit sind am Wohnungsproblem derartig viele amtliche und halbamtliche Stellen beteiligt, daß deren Vielzahl von vornherein jede praktische Hilfe zum Scheitern verurteilt. Bürgermeister, Referent für Wohnungsfragen, Hochbauamt, Wohnungsamt, Flüchtlingskommissar, jede Partei für sich, Wohnungsausschüsse und zuletzt das Publikum. Viele Köpfe, viele Sinne, jeder denkt, plant und disponiert. Die Verantwortung wird wie ein Spielball, je nach den Möglichkeiten, dem einen oder anderen zugeschoben, und der Leidtragende ist, da ja bekanntlich viele Köche den Brei verderben, der Flüchtling und der im Bunker unter den dürftigsten Verhältnissen hausende Obdachlose, der natürlich letzten Endes in Unkenntnis der vielen sich „kompetent“ fühlenden Stellen den Wohnungsamtsvorstand verantwortlich macht für Sünden und Mißstände, die andere verschuldet haben.

Wie kann hier geholfen werden?

Notzeiten erfordern einschneidende Maßnahmen, die auch wirklich zu einer Lösung führen. Die pessimistische Antwort, es sei kein Material vorhanden, ist absurd. Solange noch Geschäftsneubauten, Schönheitsreparaturen in Fluren und Hausgängen etc. gemacht werden, kann von einem Materialmangel nicht die Rede sein. Es muß deshalb als Sofortmaßnahme gefordert werden:

1. Sämtliche Geschäftsneubauten sowie alle nicht als vordringlich anerkannten Reparaturarbeiten werden sowohl für Private als auch Firmen und Kirchen eingestellt.
2. Sämtliche Trockenböden in Komplexen mit Flachdächern werden sofort zu Wohnungen ausgebaut.
3. Beschlagnahmung und sofortige wohnliche Herrichtung sämtlicher privaten und Firmen-Baracken.

4. Beschlagnahmung sämtlichen Baumaterials zwecks Verwendung zum Ausbau der aus 1.—3. gewonnenen Räume.
5. Verpflichtung aller Handwerker für die Zeit des Notprogramms, sowie Verpflichtung aller Erwerbslosen und Müßiggänger.
6. Sofortige Bestellung eines Baukommissars, der mit umfassenden Vollmachten zur Durchführung dieser Aufgaben ausgestattet ist und dem alle beteiligten Dienststellen unterstellt sind. Die Parteien stellen je zwei beratende Vertreter.
7. Sofortige Bereitstellung von Raum für Unterstellung der überflüssigen Wohnzimmerelemente zur Gewinnung weiteren Wohnraums. In Notzeiten, wo 100 000 obdachlos sind, stellen mit Möbeln vollgepfropfte Wohnzimmer einen sträflichen Luxus dar.
8. Bitte an die Militärregierung um Ueberlassung leerstehender Baracken.

Dies ist der einzige Weg, der, wenn er sofort beschritten wird, zum Erfolg führt, sofern auch wirklich von allen Seiten der ehrliche Wunsch zur Behebung der Not und des Verhütens einer Katastrophe im kommenden Winter vorhanden ist.

Wir Kommunisten sind die treibende Kraft, die zur Lösung dieses ersten Problems erforderlich ist, denn die Sorgen der notleidenden Bevölkerung sind die Sorgen der Kommunistischen Partei.

Und darum wählen wir alle Liste 4!

Brief aus russischer Kriegsgefangenschaft!

An Familie K... O...

Mannheim-Neckarau
Dorfgräbterstraße 1

Meine lieben Eltern und Geschwister! Heute an einem schönen Sonntag morgen will ich Euch wieder schreiben. Ich hoffe und wünsche, daß Euch diese Zeilen bei voller Gesundheit erreichen. Ich war ja so glücklich, als die Karte von Marga kam. Wie geht es Euch, meine Lieben? Habt Ihr genug zu essen? Von mir kann ich Euch mitteilen, daß es mir sehr gut geht. Bin nach Ueberwindung eines Grippeanfalls im

Monat Februar wieder vollkommen hergestellt. Ich arbeite in einer Lederfabrik. Stellt Euch unser Leben nur nicht so vor wie im Zeitalter der Sklaverei. Wir haben ein gutes, ausreichendes Essen. Ich bekomme 150 Rubel im Monat, dafür kann ich mir kaufen was ich will. So viel wie ich eben rauche, hatte ich noch nie. Vom Schneider habe ich mir eine schöne Jacke und eine Hose machen lassen. Ihr seht also, daß es mir nicht schlecht geht. Was mir fehlt — das sind eben meine Lieben, aber auch ich werde eines Tages heimkehren! Viktor, Fritz und K. Münz sind ja auch schon zu Hause. Viktor soll mir doch einmal schreiben. Briefe kommen laufend an. Sendet mir bitte einige Fotos, vor allem von Mutter und Vater. Schreibt auf das Kuvert: Kriegsgefangenenpost. Meine Gedanken sind stets bei Euch. Bleibt nur gesund und munter. Mutter soll sich schonen und sich vor allem keine Sorgen um mich machen. Es geht mir gut und ich schreibe dies keinesfalls unter irgendeinem Zwang!

In Liebe und Sehnsucht Euer Karl.

Auf Wiedersehen!

Karl Ort, UDSSR — Moskau
Rotes Kreuz, Postfach 317.

Unsere Kriegsgefangenen werden alle wieder heimkommen! Daß sie noch nicht da sind, ist lediglich die Schuld derer, die sie auf die Schlachtfelder geführt haben, der Nazis und Kriegsverbrecher. Sorgen wir dafür, daß sie bald kommen können, indem wir bei uns eine wirklich demokratische Ordnung schaffen, damit die europäischen Völker die Gewißheit haben, daß die entlassenen Kriegsgefangenen nicht wieder zu Kriegsvorbereitungen mißbraucht werden.

Wenn in Deutschland gründlich aufgeräumt ist, werden auch die Kriegsgefangenen freigelassen, deshalb wählt alle am 30. Juni die Kandidaten der

Kommunistischen Partei, Liste 4!

Es könnte anders sein!

Der neue Gemeinderat von Bretten, der sich aus einer Mehrheit der CDU zusammensetzt, tagt seit Wochen „hinter verschlossenen Türen“. Wir erfahren nun, daß die erste Maßnahme dieses angestregt tagenden Rates die sofortige Schließung der Volksküche ist. Dafür gibt eine Gaststätte Essen aus. Es zeigt sich hier, daß dem Gemeinderat von Bretten jegliche Fühlung mit der arbeitenden Bevölkerung fehlt. Dies geht aus der Zuschrift eines Arbeiters hervor. Derselbe bezahlte für sich und seinen 84jährigen Vater in der Volksküche täglich 2.— RM. In dem Gasthaus, in dem er nun gezwungenermaßen seine Mahlzeiten bestellen muß, bezahlt er täglich 4.— RM, in der Woche also 28.— RM. Nun verdient aber dieser Mann in der Woche als Hilfsarbeiter 25.— RM, und es fehlen ihm somit 3.— RM, um für sich und seinen Vater das Kostgeld bezahlen zu können. Wer bezahlt ihm seine Miete? Wer sorgt für Kleidung, Wäsche, Schuhe? Soll der 84jährige Vater tagsüber betteln gehen, damit sein Sohn arbeiten kann —?

Eine vor einigen Wochen beim gleichen Gemeinderat beantragte Fürsorgeunterstützung für den total arbeitsunfähigen 84jährigen Greis wurde ohne jede Begründung abgelehnt.

Es liegt in der Hand des schaffenden Volkes, dafür Sorge zu tragen, daß seine Interessen in den Verwaltungen, in den Ämtern von geeigneten fortschrittlichen Kräften aufs schärfste verteidigt werden.

Darum gebt Eure Stimme der KPD, Liste 4!

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erringung dieser großen zugehörten geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.

Wilhelm Pieck.

knecht eine menschenwürdige Revolution. Der Kampf gegen den Militarismus, in der er der Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Aus der Praxis des Hauptlehrer a. D. Westermann als Bürgermeister von Ziegelhausen!

Westermann versprach vor der Wahl ehrlichste und engste Zusammenarbeit mit der KPD, aber post festum dachte er gar nicht daran, auch nur ein einziges Mal sein Wort zu halten. Im Gegenteil: er bekämpfte die KPD-Genossen in jeder Weise und er ging in seiner „Zusammenarbeit“ soweit, daß er irgendein zweifelhaftes Subjekt eine eidesstattliche Erklärung bei sich im Rathaus abgeben ließ, wonach der vorherige Bürgermeister Schultheis jahrelang Mitglied der NSDAP gewesen sein soll. Er verbreitete sogar, daß Schultheis deswegen als Bürgermeister abgesetzt worden sei. Trotzdem Schultheis nicht nur eine, sondern 7 (sieben) eidesstattliche Erklärungen vom Gegenteil ihm vorlegen ließ, mit dem Verlangen, den gedungenen Lumpen zu nennen, hatte Westermann die Frechheit, Schultheis sogar von der Wählerliste absetzen zu lassen. Diese Gemeinheit wurde zwar durch die Parteileitung der KPD rechtzeitig vereitelt, Schultheis mußte aber als Spitzenkandidat der KPD solange zurückgesetzt werden, bis die inzwischen beim Ersten Staatsanwalt von Schultheis und der KPD-Leitung anhängig gemachte Klage gegen den Verleumder, besonders wegen Falschheid, durchgeführt war. Ueberraschender- u. unverständlicher Weise hat der Erste Staatsanwalt nach einiger Zeit die Klage zurückgewiesen, mit der Begründung, daß kein öffentliches Interesse vorliege. Darüber ist zwar das letzte Wort noch nicht gesprochen, aber der Zweck des Westermann, Schultheis und seine Partei in der Öffentlichkeit, und besonders vor der Wahl, zu defamieren, war erreicht. Statt dessen ließ Westermann, gegen den Beschluß des Gemeinderates, Nazi-Frauen wählen, auch die Frau seines Freundes Geibel, die eine alte Pg. der NSDAP war, aus der ihm zweckdienlichen Erwägung heraus, die große Verwandtschaft dieser Frauen nicht gegen sich einnehmen zu lassen.

Ein Mal lud Westermann die KPD zu einer angeblich wichtigen gemeinsamen Sitzung mit der SPD-Fraktion zusammen. Es handelte sich in dieser Sitzung in der Hauptsache um die Gehaltsfrage des Westermann. Westermann verlangte mindestens das Einkommen eines Schulrates. Was er zur Zeit für ein Einkommen bezieht, ist nicht bekannt; es dürfte aber weit über den Einkommen der noch im Rathaus beschäftigten alten Pg. und SS sein, die nachweislich noch RM 450.—, 420.—, 400.— usw. aus der Kasse der inzwischen arm gewordenen Gemeinde beziehen. Weitere „Zusammenarbeit“ mit der KPD hat Westermann immer strikte abgelehnt. Aber eines Tages war Westermann plötzlich wieder einmal in einer unangenehmen Lage, wo er gern die Sauberkeit und Korrektheit der KPD-Genossen in Anspruch genommen hätte, um sich von seiner Verantwortung zu drücken und um die aufhorchende Öffentlichkeit irreführen zu können. Es wurden im Rathaus große Mengen Lebensmittel-Marken gestohlen. Der Wert an Butter, Fett und Nahrungsmittel geht angeblich in die Zentner. Der Kreisprüfer und auch Westermann nahmen den Standpunkt ein, daß die gestohlenen Marken nicht mehr hätten verwendet werden können, da am Tage der Diebstähle die Geschäfte bereits abgerechnet gehabt hätten. Diese Behauptung ist aber absolut nicht bewiesen, und es ist Sache des Staatsanwaltes, hier seine Untersuchungen anzustellen und jeden, auch den Bürgermeister, zur Rechenschaft zu ziehen.

Auch in Bezug auf Erteilung von Bezugscheinen für Kleidung und Schuhe muß die

Einwohnerschaft eigenartige Beobachtungen machen, die darauf schließen können, daß die betr. Einwohnerkartei nicht in Ordnung zu sein scheint. Es wäre daher am Platze, diese Kartei auch einmal durch eine höhere Behörde nachzuprüfen, und zwar zurück bis in die Zeit der Naziherrschaft.

Eine weitere Angelegenheit wird der Öffentlichkeit vorenthalten, obwohl diese ernährungswichtig ist und auch bereits dem Landrat bekannt sein soll. Diese Sache stinkt buchstäblich zum Himmel, und auch hier muß Westermann daran erinnert werden, daß er seine Pflicht als Bürgermeister sehr lax genommen hat. Es handelt sich um ca. tausend Zentner Kartoffeln und Zuckerrüben, die vor den Augen der hungernden und darbenenden Einwohnerschaft verfaulen und stinkend verkommen. Der bereits schon einmal genannte Pg. Haaf, der während der Nazizeit großer Nutznießer von dieser war, hat für Fabrikationszwecke etwa 3000 Zentner Kartoffeln und Zuckerrüben bewilligt und zum großen Teil auch schon zugefahren bekommen. Von wem dies bewilligt und geschehen ist, ist der Öffentlichkeit nie bekannt geworden. Angeblich konnte dieser Schokoladefabrikant Haaf aber noch nicht die erforderlichen Maschinen bekommen, und nun faulen und stinken diese so dringend benötigten Lebensmittel, daß es einfach eine Schande ist, daß hier nicht schon lange der Strafrichter eingegriffen hat. Was hat Westermann in dieser Sache getan? Warum geht er damit nicht an die Öffentlichkeit? Warum hat er den Strafrichter noch nicht dafür interessiert?

Warnung!

Wir warnen alle Parteistellen und die Öffentlichkeit vor einem Hans Böhler, geb. am 25. 6. 1917, zuletzt wohnhaft Mannheim-Blumenau, Bückebergerweg 22. Derselbe ist am 15. 3. 1946 wegen parteischädigenden Verhaltens aus der KPD ausgeschlossen worden und ist flüchtig. Vermutlicher Aufenthaltsort ist Berlin.

Böhler versucht Betrügereien jeglicher Art an den Mann zu bringen.

KPD, Landesbezirksleitung Mannheim.

Bestellungen der

Badischen Volksstimme

nehmen ab 1. Juli alle Postanstalten, Postagenturen, Briefträger und Landpostboten entgegen. - Monatsabonnement: 0.50 RM zuzügl. Zustellgebühr.

Eine neue Zeitschrift

In diesem Monat erscheint die erste Nummer des neuen wissenschaftlichen Organs der Sozialistischen Einheitspartei unter dem Titel:

„Einheit“, theoretische Monatschrift für Sozialismus.

Herausgegeben vom Parteivorstand der SED. In der „Einheit“ werden alle für den Aufbau, die Demokratisierung und die Gestaltung Deutschlands wichtigen Probleme von der Warte des wissenschaftlichen Sozialismus beleuchtet.

Die Zeitschrift erscheint im Verlag Einheit G.m.b.H., Berlin C 2, Wallstraße 76-79. Preis pro Heft 50 Pfg. Bestellungen können direkt beim Verlag aufgegeben werden.

Was geht auf dem Städtischen Gutshof Karlsruhe-Rüppurr vor?

Heinrich Zoller, ehemaliger Nazi und SS-Führer, ist noch aus der Nazizeit Pächter des 80 ha großen Städt. Gutshofs in Rüppurr. Er beherbergte lange Zeit auf seinem Hof den Reitersturm der SS, war während des ganzen Krieges u.k. gestellt, und seine Frau betätigte sich als eifrige Propagandarednerin des Reichsnährstandes. Auf dem Gut war außerdem die Funkstelle des SD untergebracht. Ueber die nazistische Einstellung der beiden Eheleute Zoller dürfte also kein Zweifel bestehen.

Wie fügt sich nun Herr Zoller in die Gemeinschaft der Aufbauwilligen ein? — Hier einige Beispiele von Fachleuten:

Ein Vertreter des Fett- und Milchwirtschaftsverbandes stellt fest: Zoller kommt seit langem seiner Milchablieferungspflicht nicht oder nur sehr ungenügend nach. Bei einem Viehbestand von 20 Kühen liefert er wochenlang nur 30—40 Liter — wörtlich: dreißig bis vierzig Liter — Milch, zum Teil sogar saure Milch, ab. Angeblich funktioniert seine Kühlanlage nicht.

Ein Fachberater stellt bei einer Flurbegleichung fest: Ein Feld völlig mit Disteln befallen, sodaß die Saat erstickt. Ein Feld, bepflanzt mit Dickrüben, derart verunkrautet, daß man von der ursprünglichen Frucht nichts mehr erkennen kann und die Bebauungsart nicht festzustellen ist. — Ein Gemüsegarten so unbeschreiblich verunkrautet, daß Salat und andere Küchenpflanzen völlig ersticken.

Mit den Verhältnissen einwandfrei vertraute Personen berichten:

1945 wurden neun ha Rüben im Juni umgeackert und brach liegen gelassen. Drei Morgen Erbsen werden, fast reif, gemäht und an das Vieh verfüttert, während die Bevölkerung fast nichts zu essen hat. Die vier auf dem Hof gehaltenen Hunde werden mit Vollmilch und Wurst gefüttert.

Ein Wagen Heu wird über Knielingen nach der Pfalz verschoben mit Wissen oder vielleicht auch auf Befehl des städtischen Beamten Lob.

Von der letztjährigen Ernte, eingelagert durch Herrn Lob auf dem Hofgut Zoller, sind bei der diesjährigen Bestandsaufnahme als verschwunden festgestellt: 14 dz Weizen, 12 dz Gerste, drei dz Hafer.

Völlig unbelastete Antifaschisten werden entlassen, darunter ein Vater von zwei kleinen Kindern, und dafür wird eingestellt ein berüchtigter SA-Sturmführer aus Hagenbach.

Auf dem Gut findet ein dauernder Arbeiterwechsel statt, manchmal sind die Arbeitskräfte nur acht Tage auf der Stelle, weil sie nicht genügend Verpflegung erhalten, wie sie übereinstimmend erklären.

Wir fragen:

Wie lange will die städtische Verwaltung dem Treiben des Nazi Zoller noch zusehen?

Wie lange soll es einem Faschisten und Nazi-Aktivisten möglich gemacht werden, die Volksernährung zu sabotieren?

Wie lange will man damit warten, einwandfreie Flüchtlingsfamilien mit der Bebauung des Bodens zu betrauen?

Wie lange soll der Pachtvertrag noch aufrecht erhalten werden, nachdem die persönliche und fachliche Ungeeignetheit des Pächters einwandfrei erwiesen ist?

Wir sind gespannt auf die Antwort!

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Telefon 42 561, Mannheim, S 3, 10 | Auflage 40 000 | Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24 | Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Fr. 10. 4. 46.